

Matthias Rüb

Der atlantische Graben

Europa und Amerika auf getrennten Wegen

ISBN-10: 3-552-05321-2

ISBN-13: 978-3-552-05321-2

Weitere Informationen oder Bestellungen unter
<http://www.zsolnay.at/978-3-552-05321-2>
sowie im Buchhandel

Dieses Buch versucht eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Befindlichkeiten der voneinander entfremdeten Partner des Kalten Krieges. Wie sehen Amerikaner und Europäer auf sich selbst? Wie sehen sie auf die Verbündeten auf der anderen Seite des Atlantiks? Was fürchten sie, und wofür sind sie bereit zu kämpfen? Welche Aufgabe glauben sie namens der eigenen und der Menschheitsgeschichte im 21. Jahrhundert erfüllen zu müssen? Woran glauben sie? Glauben sie überhaupt an etwas, gar an Gott? Wie blicken sie auf ihr Gemeinwesen, auf ihre Nation? Wollen und werden sie wachsen, an Einwohnern und an Einkommen? Wie versuchen sie ihren Wohlstand zu wahren und zu mehren in einer globalisierten Weltwirtschaft?

Natürlich ist es eine grobe Vereinfachung und Übertreibung, von «Amerika« und «Europa« zu sprechen und sie als politisch-ökonomisch-kulturelle Entitäten einander gegenüberzustellen. Die USA sind so vielfältig und dezentralisiert, daß es immer wieder ein Wunder ist, zu welchen kollektiven Kraftakten und patriotischen Einheitsmanifestationen diese «Quatschbude« der ewigen Individualisten in der Lage ist. Die zusammenwachsende und erweiterte EU ihrerseits ist so disparat, daß man Polen und Portugal, Estland und Griechenland nur unter einen Hut mit extrabreiter Krempe bringen kann. Jedes Argument und jedes Vorurteil, das in Europa über Amerika erdacht wird, gehört in der öffentlichen Debatte in den USA längst zum Inventar. Jeder Versuch, die EU mit ihren 25 Mitgliedern als politisches Subjekt mit einer konsistenten außenpolitischen Strategie zu beschreiben, scheitert an der schieren Vielfältigkeit und Disparität der Union. Schließlich ist es eine knifflige Frage, welcher Seite des Atlantiks man Großbritannien zuschlagen soll: dem angelsächsischen Abkömmling in der Neuen Welt oder den kontinentaleuropäischen Verwandten in der Alten? Und dennoch oder vielleicht gerade deshalb geht aus dem Tableau mit den groben Pinselstrichen mehr hervor als aus der mikroskopisch genauen Darstellung.

Jede Beschreibung des atlantischen Zwists muß mit dem Irak-Krieg beginnen. Er ist die Sollbruchstelle, an dem instabile oder «unnatürliche« Bündnisse zerfallen. Im ersten Kapitel werden die grassierenden antiamerikanischen Ressentiments in Europa beschrieben, die sich als Anti-Bushismus tarnen: Gegen

Amerika und die Amerikaner haben wir ja nichts, aber der Einmarsch der „Bush-Krieger“ – so ein längst kanonischer Titel des Spiegel vom Februar 2002 – im Irak ist eine völkerrechtswidrige, von vornherein zum Scheitern verurteilte Aggression, für welche die USA noch teuer bezahlen werden. Die Gegnerschaft zum Irak-Krieg wurde von der Mehrheit der Bevölkerung in fast allen Staaten Europas getragen – auch und gerade jenen, deren Regierungen sich der „Koalition der Willigen“ angeschlossen hatten. Der britische Dramatiker Harold Pinter rief bei einer Antikriegsdemonstration am 15. Februar 2003 im Londoner Hyde Park: „Die Vereinigten Staaten sind ein außer Kontrolle geratenes Monster. Wenn wir ihnen nicht mit absoluter Entschlossenheit entgegentreten, wird die amerikanische Barbarei die Welt zerstören. Das Land wird von einer Bande krimineller Irrsinniger regiert, und Tony Blair ist ihr gedungener christlicher Raubmörder. Der geplante Angriff gegen den Irak ist ein Akt des vorsätzlichen Massenmordes.“ Die Voraussagen selbsternannter Nahost-Fachleute über die voraussichtlichen katastrophalen Folgen einer Invasion im Irak für die Menschen im Zweistromland sowie für die gesamte Region werden dem tatsächlichen Kriegsverlauf gegenübergestellt. Hinter den völkerrechtlich verbrämten Argumenten gegen den Irak-Krieg werden die Stereotype eines von zivilisatorischem Hochmut geprägten Antiamerikanismus aufgezeigt, der von einer höheren Erkenntnisstufe auf ein primitives, kultur- und geschichtsloses amerikanisches Volk herabblickt. Und mit wachsendem zeitlichem Abstand vom 11. September 2001 fallen die Schamschleier des Mitgefühls mit den Opfern und geben die wüstesten Verschwörungstheorien über die „wirklichen Hintermänner“ der Anschläge von New York und Washington frei: Die üblichen Verdächtigen sind der amerikanische Auslandsgeheimdienst CIA, das Weiße Haus selbst oder „die Juden“. Jedes zusammengelogene Buch erreicht in Deutschland, Frankreich und anderswo rasch Bestsellerauflagen, wenn es nur den Hunger auf Amerika-Haß stillt. Daß die USA mindestens eine Mitschuld an den Anschlägen vom 11. September 2001 tragen, ist so etwas wie der „acquis communautaire“ des paneuropäischen Antiamerikanismus.

Das zweite Kapitel nimmt die amerikanische Perspektive auf den Krieg im Irak und den Krieg gegen den internationalen Terrorismus in den Blick. Denn zum Unverständnis der meisten Europäer sind die meisten Amerikaner – vor allem Anhänger der Republikaner, aber auch viele Demokraten – gemeinsam mit ihrem Präsidenten der Überzeugung, daß der Krieg im Irak ein integraler Bestandteil des Krieges gegen den internationalen Terrorismus ist. Und dies, obwohl im Irak die vermuteten Massenvernichtungswaffen nicht gefunden wurden und obwohl es nur dünne Hinweise auf eine Zusammenarbeit des gestürzten irakischen Diktators Saddam Hussein mit dem Terrornetzwerk Al Qaida gibt. Am Beispiel der Nationalen Sicherheitsstrategie des Weißen Hauses vom September 2002, in welcher die Bush-Doktrin von der vorbeugenden Selbstverteidigung gegen drohende Gefahren und der von keinem anderen Land auch nur annähernd erreichten militärischen Stärke der USA erstmals durchbuchstabiert und in den Zusammenhang einer amerikanischen Großstrategie für das 21. Jahrhundert gestellt wird, werden die missionarisch-visionären Grundzüge der gegenwärtigen Außen- und Sicherheitspolitik der USA dargestellt.

Daß dieser "Messias-Komplex" nicht neu ist, belegt im dritten Kapitel eine kursorische Darstellung der Geschichte amerikanischer Außenpolitik, die seit je nicht nur expansiv und erfolgreich, sondern ideologisch imprägniert war. Auch die Skepsis gegenüber internationalen Vertragswerken und Organisationen ist nicht neu, selbst wenn diese – wie die UNO, die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds – ihre Existenz wesentlich einem amerikanischen Impuls verdanken. Wer aber seine militärische Macht zum eigenen Nutzen und zum Frommen der gesamten Menschheit eingesetzt zu haben glaubt, der wird sich angesichts neuer Herausforderungen und ungekannter Gefahren im 21. Jahrhundert nicht schwächer machen, sondern stärker. Wer auf das 20. Jahrhundert nicht als Katastrophenjahrhundert zurückblickt, sondern als Reihe von zunächst widerwillig geführten und sodann triumphal gewonnenen Kriegen, der wird eher zum Einsatz militärischer Gewalt neigen als die Schar gebrannter Kinder in Europa. Wer im Krieg einen Katalysator des Fortschritts, der Demokratie und der Freiheit sieht, wird nicht über Nacht zum Abrüstungsfanatiker.

Anders als Europa glaubt Amerika, wie im vierten Kapitel zu zeigen sein wird: nämlich an Gott und an sich selbst. Fast zwei Drittel der Amerikaner sagen bei Umfragen, daß für sie Religion eine wichtige Rolle im täglichen Leben spielt; ebenso viele äußern die Ansicht, daß es den Teufel gibt. Dazu paßt ein Präsident, dessen Lieblingsphilosoph Jesus Christus ist und der jeden Arbeitstag im Weißen Haus mit einer Andacht beginnt. Aber auch Bushs Amtsvorgänger Bill Clinton betet nach eigener Auskunft täglich, und Jimmy Carter war gleich selber Prediger. Der Drang zur Religion in „God’s Own Country“ nimmt zu und nicht ab – und zwar bei allen Konfessionen und Kongregationen. In Europa greift dagegen die Entzauberung weiter um sich – im Westen wie im Osten. Selbst im sozial konservativen Frankreich spielen Religion und Glaube nur bei gut zehn Prozent eine wesentliche Rolle, im katholischen Mutterland Italien nur bei 25 Prozent. Für die ersten Siedler in Amerika und ihre Nachfahren bedeutete die ersehnte Freiheit nicht Freiheit von der Religion, sondern Freiheit zur Religion. Zugleich verkörpern die Hunderten unabhängiger und selbstorganisierter Religionsgemeinschaften und Denominationen das demokratische Prinzip sowie den Gedanken der Emanzipation und der Staatsferne. Dagegen laufen den Amtskirchen in Europa die Kirchensteuerzahler und Obulusgeber davon. Trotz der erstaunlichen Integrationsfähigkeit, der ethnischen, sozialen und religiösen Vielfalt Amerikas ist der „nationale Kitt“ in den USA stabiler und auch belastungsfähiger als in den meisten Staaten Europas. 80 Prozent der Amerikaner sind stolz, Amerikaner zu sein – selbst und gerade dann, wenn sie es gerade erst geworden sind. In Deutschland bekennen sich gerade einmal 20 Prozent zum Stolz aufs Deutschsein, und die gelten der Mehrheit – historisch nachvollziehbar – zudem als anrühlich. Selbst in der „grande nation“ Frankreich sind kaum 40 Prozent stolz darauf, Franzosen zu sein. Was aber bedeutet die fortgesetzte Beschränkung nationaler Souveränität im Prozeß der europäischen Einigung für die ohnedies verunsicherten Nationen in Europa? Und was tritt an die Stelle des nationalen Patriotismus, wenn es noch keine europäische Identität, geschweige denn einen europäischen Patriotismus gibt? In der sonderbaren Nation USA scheint dagegen der Zusammenhalt zu wachsen, obwohl kein Land auf der Welt so

viele Immigranten aufnimmt und integriert wie die USA. Sonderbar aus europäischer Sicht muß auch erscheinen, daß die Abschaffung der Todesstrafe in Amerika nicht als zivilisatorische Errungenschaft verstanden wird. Dagegen gehört die Abkehr von der Todesstrafe zu den Eintrittsvoraussetzungen zum Europarat und erst recht zur EU. In einer an den offeneren Umgang mit Konflikten gewohnten Gesellschaft, wo es – pro Einwohner gerechnet – so viele Rechtsanwälte wie nirgendwo sonst auf der Welt gibt, ist der Gedanke der Sühne, also der «gesellschaftlichen Rache« für begangenes Unrecht, wichtiger als die Idee der Resozialisierung, also der «Aussöhnung« des Straftäters mit der Gesellschaft.

Im fünften Kapitel werden abermals unterschiedliche Antworten an den gegenüberliegenden Ufern des Atlantiks auf die strukturell gleichen Probleme der postindustriellen Volkswirtschaften des Westens gezeigt. Wenn das Prinzip der Marktwirtschaft Wachstum ist, steht Europa eine düstere Epoche der Stagnation bevor, während die amerikanische Volkswirtschaft, seit gut zwei Jahrzehnten Lokomotive der Weltwirtschaft und unersättlicher Konsument, weiter expandieren wird. Die USA stehen heute mit durchschnittlich 2,1 Geburten pro «statistischer Frau« nicht nur an der Spitze der Industrienationen und haben somit Wachstumspotential aus dem bestehenden «Bevölkerungspool« von heute etwa 292 Millionen Einwohnern.

Durch massive Einwanderung wird nach Einschätzung von Demographen die Bevölkerung der Vereinigten Staaten bis 2050 auf 350 bis 400 Millionen wachsen. Bis zur Mitte des Jahrhunderts wird Amerika eine im Durchschnitt wesentlich jüngere, ethnisch vielfältigere und damit wohl in vieler Hinsicht vitalere Bevölkerung haben als alle anderen hochentwickelten Industriestaaten. Schon gar als die EU, selbst nach einer weiteren Erweiterungswelle, denn sowohl in West- wie in Osteuropa sind die Geburtenraten rückläufig. Bis 2020, so wollen es die Modellrechnungen der Demographen, wird die Gesamtbevölkerung der EU auch im Falle moderater Einwanderung bestenfalls stagnieren, danach sogar zurückgehen. Damit einher geht eine zunehmende Vergreisung Europas. Bis zur Jahrhundertmitte bleibt das Durchschnittsalter der Bevölkerung in den USA etwa konstant bei etwa 36 Jahren, während es in Europa

von jetzt 38 auf 53 Jahre steigen dürfte – und das verbunden mit dem erfreulichen Umstand steigender Lebenserwartung. Welche wirtschaftlichen und sozialpolitischen Folgen das hier wie dort haben wird, ist noch kaum abzusehen. Die europäischen Wohlfahrtsstaaten stoßen schon jetzt an die Grenze ihrer Finanzierbarkeit. Das auf dem Prinzip des Individualismus und der Eigenverantwortung basierende schlankere Sozial- und Wirtschaftssystem der Vereinigten Staaten scheint für den Strukturwandel einer zunehmend globalisierten Weltwirtschaft besser gewappnet.

Sollten die von Demographen und Ökonomen vorausgesagten Entwicklungen eintreten, stehen Europa dagegen die größten Probleme noch ins Haus. In der expandierenden Wirtschaft Amerikas werden bis 2050 schätzungsweise 54 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Es ist, als schaffe sich die hochentwickelte Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft Amerika ihr Entwicklungsland im Inneren als Konsumenten- und Arbeitnehmerreservoir gleich mit. Auch bei der Ressource Raum steht Amerika im Vergleich zum engen Europa besser da.

Der ökonomische Ausblick im sechsten Kapitel ist weder schwarz noch ungetrübt. Gewiß, die wirtschaftlichen Verflechtungen der USA und der EU sind heute so eng, daß die Geschäftswelt schon aus gesundem ökonomischem Interesse die politischen Verwerfungen teilweise abfedern kann. Der politische Streit zwischen Deutschland, Frankreich und den USA um den Irak-Krieg hat die Wirtschaftsbeziehungen nur gestreift. Die Aufrufe zum Boykott von französischem Rotwein und Käse sind am guten Appetit der Amerikaner gescheitert, und kein Mensch spricht heute mehr von „Freedom Fries“ statt „French Fries“. Ohne die Autokäufer in den USA stünde es um Mercedes, BMW, Porsche und auch VW heute schlechter.

Ob es nach dem Ende des Irak-Streits eine „Rückkehr zur Normalität“ geben wird, ist schon deshalb fraglich, weil der Normalzustand der engen geostrategischen Partnerschaft zwischen Amerika und Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts womöglich der Ausnahmefall war. Die USA und die Länder der EU machen sich mit jeweils unterschiedlichen sicherheitspolitischen und geostrategischen Paradigmen auf den Weg ins 21. Jahrhundert. Amerika ist willens und bereit, voranzugehen. „Ich weiß

genau, wohin ich dieses Land führen will“; pflegt Präsident Bush zu sagen. Die Mehrzahl der Europäer will ihm gewiß nicht folgen.